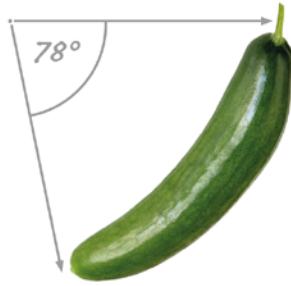


EUROPA ist mehr als das.



Deshalb wichtig:
Wählen gehen!
Am 25. Mai 2014
ist Europawahl.

PLAKATENTWURF: THE VISION COMPANY

Die Werbeagentur The Vision Company entwirft im Auftrag des „Kölner Stadt-Anzeiger“ Plakate gegen Wahlmüdigkeit – weil die EU sich um mehr kümmert als um Gurkenkrümmung. Gedanken über den Nutzen und die Erfolge der Union > [Themen des Tages Seite 2](#)



„Die Europäische Gemeinschaft schafft, dass sich die Menschen innerhalb der EU-Grenzen zu Hause fühlen. Es gibt mehr Kulturaustausch und kaum junge Leute, die ihre Nachbarstaaten nicht kennen

Cigdem Akkaya, Inhaberin einer Eventfirma in Istanbul



„Die EU ist wichtig, um uns Europäern weltweit Geltung zu verschaffen, das kleine Schweden allein kann da wenig ausrichten. Ich glaube, durch die EU erhält Europa international mehr Gewicht, und das ist gut für alle, die hier leben

Olaf Karlsson, Stadtplaner in Stockholm



„Die Europäische Union ist das beste Projekt zur Überwindung von Nationalismus und nationalem Egoismus. Beides kehrt in diesen Krisenzeiten gerade wieder zurück. Deswegen brauchen wir mehr, nicht weniger Europa

Rosa Moral, Juristin in Madrid



Europäer auf zur Wahlurne!

Am
25. Mai
ist Wahltag!

DAS PLAKAT – Erklärt von Nicole Grünewald
In Anlehnung an ein historisches Wahlplakat der SPD von 1919 (siehe Abbildung rechts) illustriert dieses Motiv, was „EU“ bedeutet. Europa, das sind die Menschen, die in ihm leben. Die immer noch starke Wirkung der „Retro“-Grafik zeigt, dass sich in der Demokratie eines nicht ändert: Alle Macht geht vom Volke aus – die sich im Gang zur Urne manifestiert.

Insgesamt fünf Plakate hat Grünewald für den „Kölner Stadt-Anzeiger“ gestaltet, sie werden in loser Reihenfolge gedruckt



Wie die Gurke auf das Plakat kam

Nicole Grünewald über den Entwurf auf der heutigen Titelseite

Frau Grünewald, was ist Ihnen zur Europawahl als Erstes eingefallen?
NICOLE GRÜNEWALD: Das war die Sache mit der Gurkenkrümmung. Man bringt das arg mit Europa in Verbindung, genauso wie die Ölkännchen in den Restaurants. Das Absurde ist, dass die Forderung nach gerade gewachsenen Gurken ja gar nicht von der EU-Kommission kam, sondern von der deutschen Industrie, weil sich weniger krumme Gurken besser transportieren lassen. Aber im Bewusstsein der Leute ist es an der EU hängen geblieben.



Nicole Grünewald, geboren 1973 in Köln, Vize-Präsidentin der IHK, gründete 1998 die Kölner Werbeagentur „The Vision Company“.

Wie müssen wir uns den Weg von der Gurke zum Plakat vorstellen?

GRÜNEWALD: Am Anfang hat man diese Negativ-Assoziation zur Europäischen Union. Wenn man dann aber ein bisschen in die Tiefe geht, merkt man, dass sie genau das Gegenteil ist. Und viel mehr als nur die Gurke. An der EU hängt so viel: die gemeinsame Währung, der gemeinsame Wirtschaftsraum, der Frieden in Europa. Eigentlich ist das etwas ungeheuer Positives.

Das Gespräch führte
Peter Seidel

Die Verordnung Nr. 1677/88/EWG

Die „Gurkenverordnung“, offiziell Verordnung Nr. 1677/88/EWG, war zur Festsetzung von Qualitätsnormen für Gurken gedacht und wurde am 15. Juni 1988 von der EU beschlossen. Das Regelwerk definierte verschiedene Güteklassen anhand von Merkmalen wie Krümmung, Farbe oder Gewicht des Gemüses und sollte einen Standard schaffen, der Händlern und Verbrauchern europaweit vergleichbare Produkte ga-

rantiert. Für die Klasse „Extra“ wurde zum Beispiel bestimmt, dass die Gurken „gut geformt und praktisch gerade“ sein mussten (maximale Krümmung: 10 mm auf 10 cm Länge der Gurke). Gurken der Klasse 1 mussten nur „ziemlich gut geformt“, durften aber auch nicht krummer sein.

Lange wurde die Verordnung als Paradebeispiel für die von vielen als bevormundend empfundene

Eurokratie genannt. Dabei hatte die EU 1988 mit ihrer Verordnung lediglich Empfehlungen des UN-Wirtschaftsausschusses für Europa (ECE) übernommen. Das wiederum geschah auf Wunsch des Handels: Der wollte verbindlich geregelt wissen, wie viele Gurken in einer standardisierten Einheitskiste sein dürfen. Zum 1. Juli 2009 wurde die Regelung mit der Mehrheit der EU-Länder wieder abgeschafft. (köp/dpa)